

A-01 Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen: Sicherheit muss für alle Menschen gelten

Gremium: Präsidium

Beschlussdatum: 04.04.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Hand in Hand: Was sind unsere Antworten auf die erstarkende Rechte?

Antragstext

- 1 Jeden Tag gehen wir gewohnte Wege, mit der Sicherheit, dass nichts passiert. Von
- 2 Zuhause zur
- 3 Arbeit, zum Einkaufen, zum Lieblingscafé. Für die meisten Menschen in Deutschland
- 4 ist das
- 5 zumindest eine Selbstverständlichkeit. Aber was passiert, wenn diese Gewissheit
- 6 erschüttert
- 7 wird? Was bedeutet es, wenn das Sicherheitsversprechen des Staates nicht für alle
- 8 Menschen
- 9 gleichermaßen eingelöst ist?
- 10 Das geschah bei den Opfern der Keupstraße, die durch eine Nagelbombe des NSU
- 11 erschüttert
- 12 wurden, den jungen Menschen in Hanau, die in ihrem Stammcafé eine Shisha
- 13 rauchten, den
- 14 Menschen, die in ihrer Unterkunft in Solingen Zuflucht suchten, oder denen, die in
- 15 Halle
- 16 beten wollten. Es geschieht dort, wo Menschen auf Pride-Demonstrationen für ihre
- 17 Rechte
- 18 einstehen und angegriffen werden.
- 19 Es ist eine Reihe von wiederkehrenden rechtsextremen und rassistischen Anschlägen,
- 20 die
- 21 vielen Menschen in diesem Land Angst machen, sie ausgrenzen und entfremden. Die
- 22 Anschläge in
- 23 Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU,
- 24 der Mord
- 25 an Walter Lübcke - sie mahnen uns, zielgerichtet und konsequent gegen Hass und
- 26 Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Klar ist, dass jeder Mensch ein Recht auf
- 27 körperliche und
- 28 geistige Unversehrtheit hat.
- 29 Das Ziel von Rechtsextremen ist, Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte,
- 30 aber auch
- 31 Frauen und queere Menschen, einzuschüchtern und aus dem Alltag zu verdrängen.
- 32 Unsere laute,
- 33 vernehmbare Antwort darauf ist: Sie haben ein Recht auf einen sichtbaren Platz und
- 34 Sicherheit in diesem Land.
- 35 Die terroristischen Anschläge treffen unsere Gesellschaft bis ins Mark. Sie greifen auch
- 36 das
- 37 Gewaltmonopol des Staates an und stellen damit eine Gefahr für die innere Ordnung
- 38 unseres

23 Landes dar. Es ist unsere Aufgabe, diese Ordnung zu sichern und Menschenleben zu
schützen.

24 Im Jahr 2023 gab es die höchste Rate an Anschlägen, die von Rechtsextremen
begangen wurden.

25 Auch das Treffen zwischen hochrangigen AfD-Politiker*innen, Neonazis, finanzstarken
26 Unternehmer*innen und einigen Mitgliedern der Werteunion und CDU, um über
sogenannte
27 "Remigration" zu sprechen, hat uns abermals vor Augen geführt, dass der
Rechtsextremismus
28 weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das
29 gesellschaftliche Miteinander in Deutschland ist. In unserer Gesellschaft ist
rassistisches,
30 antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches Gedankengut schon sehr
lange weit
31 verbreitet. Rechtsextreme setzen genau hier an, befördern Hass und Gewalt. Sie
verschieben
32 die Grenzen des Sagbaren und damit auch des Machbaren.

33 Für die Monate des ersten Halbjahres 2023 lag die Zahl der erfassten
rechtsmotivierten
34 Straftaten jeweils deutlich über denen der Vorjahre. Politik und Sicherheitsbehörden
haben
35 auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent reagiert. Diese Zahlen weisen einmal
mehr
36 darauf hin, dass rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für unser
demokratisches
37 Zusammenleben sind. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu
lange nicht
38 konsequent reagiert. Es ist daher an der Zeit, diesem demokratischen Konsens Taten
folgen zu
39 lassen und der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen oberste Priorität einzuräumen.
40 Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen - das sind die Forderungen der
41 Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlages in Hanau. Diese
Forderungen müssen von
42 uns Demokrat*innen konsequent vorangetrieben werden.

43 Es ist unsere Aufgabe, Rechtsextremismus, sowie die Ursachen von rassistischem,
44 antisemitischem und diskriminierendem Gedankengut zu bekämpfen. Wenn sich
Menschen in einem
45 Land nicht sicher fühlen, werden sie ausgegrenzt. Wenn Gerechtigkeit und
Konsequenzen nicht
46 folgen, schwindet das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Nicht zuletzt
sorgt das
47 dafür, dass sich Betroffene abwenden. Das schadet unserem demokratischen
Miteinander. Wir
48 müssen Sicherheit gewährleisten, denn sie gilt unabhängig davon, woher ein Mensch
kommt, wie
49 er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Gleichzeitig müssen wir unsere Demokratie fördern
und
50 sicherstellen, dass sich alle Menschen an ihr beteiligen können.

51 Daher wollen wir:

52 **1. Rechtsextreme Netzwerke in den Blick nehmen und konsequent verfolgen**

53 Wir müssen rechtsextreme Netzwerke stärker in den Fokus nehmen. Es gilt mehr denn
54 je, unsere Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen zu
55 erkennen und sie aufzulösen. Wir unterstützen sie weiterhin dabei, sich resilienter aufzustellen. Dazu
56 zählen

56 insbesondere die **Finanzquellen**, auch im europäischen und internationalen Kontext.
57 Denn die

57 rechtsextreme Szene hat sich über Jahrzehnte international vernetzt und
58 Finanzstrukturen

58 aufgebaut. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und
59 Finanzbehörden

59 verbessert werden, um ein entschlossenes Vorgehen gegen

Finanzierungsnetzwerke zu

60 ermöglichen. Um die zunehmend international vernetzten Netzwerke zu stoppen,
61 braucht es eine

61 konsequente und gut abgestimmte polizeiliche sowie nachrichtendienstliche
62 europaweite

62 Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen Standards.

63 Wir müssen außerdem noch konsequenter gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt
64 eine

64 **konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden**. Die Evaluierung des
65 Waffenrechts hat erneut

65 deutlich gemacht, dass Verfassungsfeinde immer noch zu leicht legal an Waffen
66 kommen. Wer

66 Mitglied einer verfassungsfeindlichen Gruppe ist, darf keinen Waffenschein halten und
67 muss

67 seine oder ihre Waffen abgeben. Neben der Verschärfung des Waffenrechts braucht es
68 in den

68 Ländern entsprechende Kapazitäten für Waffenkontrollen,
69 Zuverlässigkeitsüberprüfungen und

69 Erlaubniswiderrufe.

70 Um rechtsextreme Straftaten mit allen Mitteln des Rechtsstaates zurückzudrängen,
71 braucht es

71 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften**, die sich rechtsextremen Straftaten widmen
72 und dafür mit

72 ausreichend Personal ausgestattet sind, damit Verfahren sorgfältig und zügig geführt
73 und die

73 Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden kann. Dort, wo nicht vollstreckte
74 Haftbefehle gegen

74 Rechtsextreme vorliegen, müssen diese zügig und konsequent vollstreckt werden.
75 Genauso

75 braucht es die Sensibilisierung mit entsprechenden Inhalten in der Aus- und
76 Weiterbildung

76 von Jurist*innen

77 Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht mit beiden
78 Beinen
79 auf dem Boden des Grundgesetzes. Rechtsextreme Vorfälle im Öffentlichen Dienst
80 erschüttern
81 das **Vertrauen in unsere staatlichen Behörden** und schaden damit nicht zuletzt
82 ihrem Ansehen.
83 Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden. Die Reform des Disziplinarrechts
84 war dafür
85 ein wichtiger Schritt. Nun muss dessen konsequente Anwendung sichergestellt werden
86 und
87 weiter an der Einstellungspraxis, der Behördenkultur und der Weiterbildung gearbeitet
88 werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für alle Menschen verlässlicher und
89 vertrauensvoller Ansprechpartner sein. Es braucht deshalb auch verpflichtende und
90 regelmäßige diskriminierungskritische Weiterbildungen für Beamt*innen sowie weitere
91 Studien
92 über das Ausmaß rassistischer und antisemitischer Einstellungsmuster und
93 Verhaltensweisen
94 bei den Sicherheitsbehörden. Die Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes, aber
95 auch die
96 Schaffung von unabhängigen Polizeibeauftragten sind Bausteine zur Stärkung des
97 Vertrauens.

89 Die AfD ist eine Partei, die unsere Demokratie verachtet. Nicht umsonst haben unsere
90 Sicherheitsbehörden schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als
91 gesichert
92 rechtsextrem eingestuft. Ein **Parteienverbot** ist ein Instrument aus dem breiten
93 Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie, das unsere Rechtsordnung im Kampf
94 gegen
95 verfassungsfeindliche Parteien ausdrücklich vorsieht - auch wenn es zu recht
96 erhebliche
97 verfassungsrechtliche Hürden gibt. Unsere Verfassungsorgane müssen die aktuellen
98 Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und die Argumente eines Verbots sorgfältig
99 prüfen und
100 aus den Erkenntnissen die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Auch die
101 Vorfeldorganisationen
102 der AfD dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese spielen eine entscheidende
103 Rolle bei
104 der Vernetzung und Personalrekrutierung der rechtsextremen Szene. Deshalb stehen
105 Vereine und
106 Organisationen wie etwa die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Junge Alternative“
107 zu Recht
108 im Fokus der Sicherheitsbehörden. Mögliche Vereinsverbote sind ernsthaft zu prüfen.

101 2. **Unsere Institutionen widerstandsfähiger machen**

102 Verfassungsfeinde versuchen die Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie ins Wanken
103 zu
104 bringen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir unsere Institutionen so aufstellen,
105 dass sie
106 widerstandsfähiger und wehrhafter sind.

105 Um die **Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte** auch zukünftig abzusichern,
106 müssen diese
107 verfassungsrechtlich gesichert sein. So können beispielsweise die Organisation der
108 Gerichte,
109 die Anzahl der Kammern, der Richterwahlmodus, und die Anzahl der Richter*innen und
110 deren
111 Amtszeit unmittelbar in der Verfassung verankert werden.

109 Um die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, die Instrumente der
110 wehrhaften
111 Demokratie umzusetzen, kann eine **Stabsstelle wehrhafte Demokratie**, die in
112 einem Ministerium
113 der Länder angesiedelt sein kann, sie dabei unterstützen und beraten. Es braucht
114 einen
115 breiten Instrumentenkoffer zum Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher
116 Institutionen,
117 der ständig evaluiert und wo nötig ausgebaut wird.

114 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
115 Rechtsstaatlichkeit
116 bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir erleben aber gerade europaweit, dass
117 diese
118 Werte der EU systematisch ausgehöhlt werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
119 bestehenden **Rechtsstaatsinstrumente der EU** konsequenter und schneller genutzt
120 und
121 weiterentwickelt werden. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen
122 hier
123 lebenden Menschen Schutz bieten. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von
124 EU-Recht
125 beschränkt, ist ihre Schutzwirkung, zumindest in den Mitgliedsstaaten, die keine
126 äquivalenten nationalen Grundrechte haben, bislang begrenzt. Das wollen wir ändern:
127 Wenn
128 eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf
129 europäischer Ebene belangt werden können. Wir wollen außerdem das Recht auf
130 Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechte-Charta verankern. So verhindern wir,
131 dass die
132 Errungenschaften der letzten Jahre von autoritären Kräften zurückgedreht werden.

126 3. **Betroffene schützen**

127 Neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen wir diejenigen
128 unterstützen, die
129 zur Zielscheibe von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung werden. Sie brauchen
130 verlässliche
131 **Anlaufstellen**, die ihnen mit rechtlicher und psychologischer Beratung zur Seite
132 stehen. Es
133 ist eine staatliche Aufgabe, diese nachhaltig und verlässlich zu finanzieren. Um
134 Betroffene
135 auch im digitalen Raum besser zu schützen, muss das **Gesetz gegen digitale
136 Gewalt** zügig
137 verabschiedet werden.

- 133 Es ist zudem unsere Aufgabe, einen würdigeren Umgang mit Opfern und
Hinterbliebenen von
134 rechtsextremen Gewalttaten und Terroranschlägen zu finden. Viel zu oft wurde in der
135 Vergangenheit über die Betroffenen geredet, statt mit ihnen zu reden. Wir sehen es als
136 Aufgabe des Staates an, **Opferhilfen und -entschädigungen** in angemessener
Höhe schnell und
137 unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.
- 138 **Rassistische und antisemitische Straftaten** sollen umfassend statistisch erfasst
werden. Dazu
139 muss unter anderem die Statistik der politisch motivierten Kriminalität reformiert
werden.
140 Die Themenfelder, aber auch die Kategorisierung von Fällen müssen einer
wissenschaftlichen
141 Überprüfung unterzogen und entsprechend reformiert werden, um ein umfassenderes
Bild über
142 die Kriminalitätssituation in Deutschland zu erhalten. Sicherheitsbehörden müssen für
die
143 verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und
144 Queerfeindlichkeit sensibilisiert werden, um entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu
145 gewährleisten und verlässliche Ansprechstelle für Betroffene sein.
- 146 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es
Politiker*innen
147 Journalist*innen oder Ehrenamtliche, müssen durch unseren Staat besser geschützt
werden.
148 Deshalb gilt es jetzt, die geplante **Reform des Melderechts** anzugehen.
- 149 Wir wollen, dass sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit
rechtlichen
150 Mitteln effektiv wehren können. Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**
soll vor
151 Diskriminierung schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene
sich
152 nicht ausreichend gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich
ändern! Wir
153 wollen das AGG überarbeiten, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich
ausweiten.
154 Zusätzlich sollen Landesantidiskriminierungsgesetze in den Ländern eingeführt
werden, um den
155 Schutz vor staatlicher Diskriminierung weiter zu stärken.
- 156 **4. Demokratie stärken**
- 157 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie steht von vielen Seiten unter Druck.
Sie
158 muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Sie braucht Menschen, die
demokratische
159 Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die
160 für Demokratie, Vielfalt und Solidarität eintreten und entschlossen Rassismus,
161 Antisemitismus und Hass Paroli bieten, sind elementar für den Schutz unserer
Demokratie.

162 Diese Arbeit müssen wir verlässlich finanzieren. Deshalb müssen wir jetzt schnell das
163 **Demokratiefördergesetz** einführen. In Zeiten des Rechtsrucks darf bei dieser
elementaren
164 Säule einer wehrhaften Demokratie nicht gespart werden. Dadurch verbessern wir
insbesondere
165 die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen
Engagements
166 und schaffen mehr Planungssicherheit und Kontinuität.

167 Darüber hinaus müssen wir die **politische Bildung** für Menschen jeden Alters
strukturell und
168 finanziell stärken und Strategien gegen Desinformation vermitteln. Denn indem wir die
169 Medienkompetenzen und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, machen
wir unsere
170 demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter resilienter.

171 Als Demokrat*innen müssen wir die **Brandmauer nach rechts** stärken und dauerhaft
172 aufrechterhalten. Jegliche Kooperation mit der AfD und anderen Demokratiefeinden ist
eine
173 klare Absage zu erteilen. Auch einer Diskursverschiebung nach rechts stellen wir uns
174 entschieden entgegen. Alle Demokrat*innen sind in der Pflicht, die Grenzen zu
175 menschenfeindlichen Positionen auch inhaltlich aufrechtzuerhalten.

176 Gute **Präventions- und Aufklärungsarbeit** ist das beste Mittel, um
Menschenfeindlichkeit
177 zurückzudrängen. Dafür brauchen wir auch einen europaweiten Erfahrungsaustausch
178 demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Außerdem muss die
Bildungsarbeit
179 an Schulen oder Jugendeinrichtungen gestärkt werden.

180 Unsere Demokratie stärken wir auch, indem wir sicherstellen und aktiv fördern, dass
alle
181 Menschen teilhaben können. Deshalb wollen wir ein **Bundespartzipationsgesetz**
einführen und
182 einen Partizipationsrat einrichten. Wichtige politische Entscheidungen sollen nicht über
die
183 Menschen, sondern mit ihnen getroffen werden. Das gilt gerade auch für politische
Parteien.

184 Als Partei haben wir uns dazu verpflichtet, unsere **Strukturen** inklusiver zu gestalten,
damit
185 sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte einbringen. Die demokratischen
Parteien
186 Deutschlands benötigen Strategien, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser
anzusprechen,
187 für politische Ämter zu fördern und ihre Perspektiven und Erfahrungen sichtbar zu
vertreten.
188 Das fördert unser gesellschaftliches Miteinander.

189 5. **Aufklärung und Erinnerung vorantreiben**

190 Wir teilen den Wunsch der Hinterbliebenen und der Zivilgesellschaft nach **lückenloser**
191 **Aufklärung und Aufarbeitung** von rassistischen, antisemitischen und
rechtsterroristischen
192 Anschlägen in Deutschland. Noch zu häufig bleiben die Hintergründe und mögliche
Netzwerke im
193 Dunkeln. Das bestehende Aufklärungsdefizit muss dringend und konsequent behoben
werden.
194 Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, aus rechtem Terror die richtigen Konsequenzen zu
195 ziehen und die Erinnerung an die Taten nicht verblässen zu lassen. Das **NSU-**
196 **Dokumentationszentrum** und das Rechtsextremismus-Archiv können als Blaupause
dienen und
197 müssen in enger Abstimmung mit Betroffenen aller Opfergruppen und der
organisierten
198 Zivilgesellschaft, zeitnah und langfristig umgesetzt werden. So ermöglichen wir es der
199 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und der Wissenschaft besseren Zugang zu Akten zu
200 erhalten und tragen damit zur Aufarbeitung von rechtsterroristischen Anschlägen bei.